

## Niederschrift

über die Sitzung am Donnerstag, 25.06.2020,  
in der Stadthalle Ahaus, Wüllener Str. 18, 48683 Ahaus

Beginn: 17:00 Uhr  
Ende: 19:00 Uhr

### Anwesend:

#### Vorsitz:

Dr. Kai Zwicker Landrat

#### Mitglieder:

Bernadette Aehling	Borken	
Arno Berning	Raesfeld	
Michael Boland	Bocholt	
Annette Brun	Heiden	
Barbara Büscher	Stadtlohn	
Heidi Buskase	Gronau	TOP 20 abwesend
Angelika Dannenbaum	Ahaus	
Annette Demes	Ahaus	
Dietmar Eisele	Ahaus	
Heinz-Josef Elpers	Ahaus	
Jürgen Fellerhoff	Borken	
Hans-Georg Fischer	Ahaus	TOP 9 (komplett) abwesend
Sven Gabbe	Gronau	
Magdalene Garvert	Rhede	TOP 20 abwesend
Heinz Gausling	Legden	
Ulrich Günhen	Isselburg	
Otger Harks	Stadtlohn	
Alfred Heitmann	Bocholt	
Volker Jürgen Himmel	Gronau	
Michael Hösing	Bocholt	
Markus Jasper	Heek	bis TOP 9.2
Ulrich Kipp	Vreden	
Johannes Kisfeld	Stadtlohn	
Wolfgang Klein	Ahaus	
Anne König	Borken	
Ludger Konrad	Stadtlohn	
Markus Krafczyk	Bocholt	
Manfred Kuiper	Heek	
Berthold Langedaneberg	Legden	bis TOP 9.2
Elisabeth Lindenbahn	Raesfeld	
Heinrich Lübbering	Vreden	bis TOP 26
Gerhard Ludwig	Borken	bis TOP 3.2
Helmut Möllenkotte	Schöppingen	
Dominique Niemeyer	Borken	

Ulrike Nitsch	Vreden	
Heiko Nordholt	Gronau	
Stephanie Pohl	Gescher	
Dr. Heinrich Render	Ahaus	
Uta Röhrmann	Bocholt	
Maja Saatkamp	Borken	
Theo Sanders	Bocholt	
Markus Schulte	Gronau	
Barbara Seidensticker-Beining	Südlohn	
Silke Sommers	Bocholt	
Jens Steiner	Heek	
Wilhelm Stilkenbäumer	Reken	bis TOP 14
Stephan Strestik	Gronau	
Gerti Tanjsek	Bocholt	
Ralph Thiemann	Bocholt	
Marco van den Berg	Bocholt	
Jörg von Borczyskowski	Gronau	
Gertrud Welper	Vreden	
Birgit Wirtz	Gronau	ab TOP 3.1

**Vertreter/innen der Verwaltung:**

Dr. Ansgar Hörster	Kreisdirektor
Dr. Elisabeth Schwenzow	Verwaltungsvorstands- mitglied
Hubert Grothues	Ltd. Kreisbaudirektor
Wilfried Kersting	Kreiskämmerer
Michael Weitzell	
Karlheinz Gördes	
Markus Prangenberg	
Katharina Geuking	
Kerstin Ritzenhöfer	

**Es fehlen entschuldigt:**

Ernst Brüninghaus	Borken
Frank Engbers	Südlohn
Sandra Krüger	Borken
Bastian Nitsche	Borken
Norbert Wanning	Rhede
Christel Wegmann	Rhede
Carsten Wendler	Velen

**Erledigung der Tagesordnung:**

Landrat Dr. Zwicker eröffnet die Sitzung und begrüßt die Erschienenen in der Stadthalle in Ahaus.

Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrt er den Kreistagsabgeordneten Stilkenbäumer für seine 25-jährige Mitgliedschaft im Kreistag.

Landrat Dr. Zwicker weist auf die nachgereichten Unterlagen hin.

Er stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Kreistag beschlussfähig ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

**A. Öffentlicher Teil****Punkt 1: Einwohnerfragestunde**

---

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

**Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung am 12.03.2020**

---

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung am 12.03.2020 wird genehmigt.

**Punkt 3: Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung - Außerplanmäßige Finanzmittelbereitstellung zur Bewältigung der Weiterverbreitung des Corona-Virus  
Vorlage: 0147/2020/KREIS**

---

Berichterstatter: Landrat Dr. Kai Zwicker  
Kreiskämmerer Wilfried Kersting

**Beschluss:** einstimmig

Die vom Landrat gemeinsam mit zwei Kreisausschussmitgliedern am 19.03.2020 gefasste Dringlichkeitsentscheidung über die außerplanmäßige Finanzmittelbereitstellung in Höhe von 5,0 Mio. Euro für Maßnahmen zur Bewältigung der Weiterverbreitung des Corona-Virus wird genehmigt.

**Punkt 3.1: Erfolgreiche Haushaltspolitik für unser Westmünsterland auch in Krisenzeiten fortsetzen;  
Antrag der CDU-Fraktion v. 17.06.2020  
Vorlage: 0172/2020/KREIS**

---

Berichterstatter: Kreistagsabgeordneter Markus Schulte

Kreistagsabgeordneter Schulte begründet den Antrag der CDU-Fraktion. Dieser solle den Kommunen signalisieren, die bislang erfolgreiche Haushaltspolitik werde auch in Krisenzeiten fortgesetzt. Verbesserungen im Kreishaushalt sollten über die Kreisumlage an die Kommunen weitergegeben werden.

In dem Zusammenhang weist Landrat Dr. Zwicker darauf hin, in der letzten Sitzung der Bürgermeisterkonferenz sei Einigkeit darüber erzielt worden, Ende August eine Sitzung der

Haushaltskommission einzuberufen. Sie solle sich mit den finanziellen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den Kreis sowie die Kommunen und darauf aufbauend auch mit der Frage einer finanziellen Unterstützung der Kommunen durch den Kreis beschäftigen.

Kreistagsabgeordneter von Borczyskowski erklärt den Antrag seiner Fraktion sowie der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN und der Gruppe DIE LINKE/Piraten. Die Punkte 1 und 2 des Beschlussvorschlages würden lediglich eine andere Schwerpunktsetzung gegenüber dem CDU-Antrag aufweisen. Wichtig sei jedoch, die Kommunen kurzfristig zu entlasten. Aus diesem Grund halte Punkt 3 des Beschlussvorschlages konkret fest, das positive Jahresergebnis 2019 in Höhe von 7,5 Mio. Euro unmittelbar an die kreisangehörigen Städte und Gemeinden weiterzugeben. Diese Mittel stünden dann dort für jetzt notwendige Investitionen in die digitale Infrastruktur zur Verfügung.

Auf Antrag der Kreistagsabgeordneten Lindenhahn unterbricht Landrat Dr. Zwicker im Einvernehmen mit dem Kreistag um 17:23 Uhr die Sitzung für die Beratung in den Fraktionen und Gruppen. Um 17:35 Uhr nimmt er die Sitzung wieder auf.

Kreistagsabgeordnete Lindenhahn führt für die SPD-Fraktion aus, sie unterstütze den Antrag der CDU-Fraktion mit der Maßgabe, hinsichtlich Punkt 3 des Beschlussvorschlages solle berücksichtigt werden, dass die Verwaltung für die 2. Kreistagssitzung der neuen Wahlperiode einen Vorschlag erarbeite, wie die Kommunen seitens des Kreises finanziell entlastet werden könnten.

Kreistagsabgeordneter Ludwig erklärt, der Antrag der Fraktionen UWG/Stadtpartei, Bündnis90/DIE GRÜNEN und der Gruppe DIE LINKE/Piraten sei zum falschen Zeitpunkt gestellt worden. Derzeit gebe es noch keinen Gesamtüberblick über die finanziellen Auswirkungen der Corona-Pandemie.

Kreistagsabgeordneter Strestik entgegnet, vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie-Folgen sei gerade jetzt der richtige Zeitpunkt, das im Jahr 2019 über die Kreisumlage zu viel von den Kommunen erhaltene Geld wieder an diese zurückzugeben.

Kreistagsabgeordneter Steiner und Kreistagsabgeordneter Krafczyk stimmen dem Kreistagsabgeordneten Strestik zu. Die Kommunen würden das Geld benötigen, um in der Krise handlungsfähig zu bleiben.

Kreistagsabgeordneter von Borczyskowski schlägt vor, die Zweckbindung in Punkt 3 des Beschlussvorschlages (Stichwort: digitale Infrastruktur) rauszunehmen, falls der Antrag dann fraktions- und gruppenübergreifend Unterstützung finden würde.

Kreistagsabgeordneter Schulte verweist nochmal auf den von Landrat Dr. Zwicker eingangs angesprochenen Sitzungstermin der Haushaltskommission Ende August. Dort sollten Kreis und Kommunen gemeinsam die Rahmenbedingungen für eine finanzielle Entlastung durch den Kreis erarbeiten.

Kreistagsabgeordneter Steiner fehlt bei diesem Vorschlag das Signal des Kreises an die Kommunen, diese gerade in der aktuellen Situation unterstützen zu wollen.

Kreistagsabgeordneter Nordholt regt abschließend an, den Beschlussvorschlag des Antrags der CDU-Fraktion in Punkt 3 dahingehend zu ergänzen, dass das positive Jahresergebnis 2019 in die Ausgleichsrücklage fließt mit dem Ziel, die Städte und Gemeinden zu entlasten. So würden beide Anträge inhaltlich vereint.

Auf Nachfrage von Kreistagsabgeordnetem von Borczyskowski sichert Kreiskämmerer Kersting zu, die aktuellen haushaltsrechtlichen Voraussetzungen zur Weitergabe des Jahresüberschusses 2019 im Haushaltsjahr 2020 an die Städte und Gemeinden insbesondere hinsichtlich einer Nachtragsatzungspflicht zu prüfen.

Anmerkung der Verwaltung:**Verwendung des Jahresüberschusses 2019 im Haushaltsjahr 2020:**

Sofern der Kreistag beschließt, den Jahresüberschuss 2019 vollständig der Ausgleichsrücklage zuzuführen, hätte diese zum 31.12.2019 einen Bestand von 19,3 Mio. Euro und stünde für künftige Haushaltsausgleiche zur Verfügung.

Über eine Nachtragssatzung noch im Haushaltsjahr 2020 kann der Jahresüberschuss 2019 betragsmäßig den Städten und Gemeinden im Verhältnis ihres Anteils an der Kreisumlage zur Verfügung gestellt werden. Dieses kann über einen Minderertrag durch Senkung des Kreisumlagehebesatzes 2020 oder einen Mehraufwand für einen „Digitalisierungspakt Westmünsterland“ und einem gleichzeitig höher geplanten Jahresfehlbetrag erfolgen.

Wegen der nicht prognostizierbaren Haushaltsabwicklung 2020 infolge der COVID-19-Pandemie geht die Landesregierung davon aus, dass zahlreiche Kommunen wegen zu erwartender höherer Jahresfehlbeträge eine Nachtragssatzung erlassen müssten. Daher sieht sie eine Regelung vor, nach der im Haushaltsjahr 2020 die Vorschriften des § 81 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 und 2 GO NRW keine Anwendung finden. Gleiches gilt für § 81 Abs. 2 Nr. 3 GO NRW, soweit Investitionen zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie erfolgen. Somit würde die Notwendigkeit zur Aufstellung einer Nachtragssatzung für das Haushaltsjahr 2020 mangels Verlässlichkeit der Ermittlung von Finanzdaten infolge der COVID-19-Pandemie ausgesetzt.

Vielmehr können nach Ansicht der Landesregierung zusätzliche Aufwendungen und Mehraufwendungen, für die im Haushaltsplan 2020 keine oder keine ausreichenden Ansätze vorhanden sind, als überplanmäßige und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gem. § 83 GO NRW abgewickelt werden. Danach sind derartige Aufwendungen und Auszahlungen zulässig, wenn sie sachlich und zeitlich unabweisbar sind. Für Aufwendungen und Auszahlungen, soweit sie zur Bewältigung der COVID-19-Pandemie erforderlich werden, sind dabei nach Auffassung der Landesregierung in der Regel diese Voraussetzungen gegeben. Für darüber hinausgehende überplanmäßige und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen muss eine Verschiebung unmöglich oder wirtschaftlich unzweckmäßig sein. Für die Weiterleitung des Jahresüberschusses 2019 über einen „Digitalisierungspakt Westmünsterland“ sieht die Kreisverwaltung auch wegen vorgesehener Bundes- und Landesprogramme nicht diese erforderliche Unabweisbarkeit.

Auch nach Auffassung des LKT NRW ist für eine konkrete betragsmäßige Weiterleitung des Jahresüberschusses 2019 wegen fehlender anderer Möglichkeiten eine Nachtragssatzung 2020 erforderlich.

Vor der Schlussabstimmung ändert Kreistagsabgeordneter Schulte für die CDU-Fraktion den Antrag. Der Punkt 2 des Beschlussvorschlags solle wegfallen, sodass der bisherige Punkt 3 nun zu Punkt 2 des Beschlussvorschlages werde.

Landrat Dr. Zwicker stellt abschließend den von der CDU-Fraktion geänderten Antrag zur Abstimmung.

**Beschluss:** geändert beschlossen

44 Ja-Stimmen

8 Nein-Stimmen

2 Enthaltungen

1. Der Kreistag begrüßt das von der Bundesregierung vorgesehene Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket, insbesondere die angestrebte dauerhafte Übernahme von bis

zu 75 Prozent der SGB-II-Kosten der Unterkunft und den geplanten hälftigen pauschalen Ausgleich der kommunalen Gewerbesteuerausfälle 2020.

2. Die Kreisverwaltung wird beauftragt, auf Grundlage der letztlichen Entscheidungen von Bund und Land sowie des guten Jahresabschlusses 2019 des Kreises Borken Möglichkeiten aufzuzeigen, wie der Kreis die Städte und Gemeinden hier bei uns im Westmünsterland kommunalfreundlich über die Kreisumlage entlasten kann.

Im Anschluss lässt er über den Antrag der Fraktionen UWG/Stadtpartei, Bündnis90/DIE GRÜNEN und der Gruppe DIE LINKE/Piraten abstimmen (s. Punkt 3.2).

**Punkt 3.2: Erfolgreiche Haushaltspolitik für unser Westmünsterland auch in Krisenzeiten fortsetzen;  
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
UWG/Stadtpartei sowie der Gruppe Die Linke/Piraten v. 25.06.2020  
Vorlage: 0175/2020/KREIS**

---

Berichterstatter: Kreistagsabgeordneter Jens Steiner  
Kreistagsabgeordneter Jörg von Borczyskowski  
Kreistagsabgeordneter Stephan Strestik

s. Punkt 3.1

**Beschluss:** abgelehnt  
10 Ja-Stimmen  
44 Nein-Stimmen

01. Der Kreistag des Kreises Borken begrüßt den geplanten kommunalen Rettungsschirm der Bundesregierung. Er fordert, diesen insbesondere im Bereich der kommunalen Investitionen und des Ausgleichs der Einnahmeausfälle im Nahverkehr noch zu verstärken.
02. Der Kreistag Borken begrüßt die Ankündigung der Landesregierung, sich an dem pauschalen Ausgleich der kommunalen Gewerbesteuerausfälle 2020 hälftig zu beteiligen und fordert diesen Ausgleich auch für das Jahr 2021 ein und zusätzlich für die Einnahmeverluste der Gemeinden insbesondere bei der Einkommen- und der Umsatzsteuer.
03. Der Kreistag Borken setzt das positive Jahresergebnis des Jahres 2019 in Höhe von 7,5 Millionen Euro unmittelbar zur Entlastung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden ein. Dabei werden diese Mittel in einem "Digitalisierungspakt Westmünsterland" den Städten und Gemeinden im Verhältnis ihres Anteils an der Kreisumlage zur Verfügung gestellt, um jetzt notwendige Investitionen in die digitale Infrastruktur zu finanzieren. Die Kreisverwaltung wird beauftragt, eine schnelle und unbürokratische Umsetzung zu ermöglichen.

---

**Punkt 4: Genehmigung der am 16.04.2020 gefassten Dringlichkeitsbeschlüsse des Kreisausschusses**

---

**Punkt 4.1: Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung - Errichtung von Kreis-Krankenhilfe-Einrichtungen (KKEs) zur Entlastung der Krankenhäuser im Kreis Borken  
Vorlage: 0163/2020/KREIS**

---

Berichterstatterin: Verwaltungsvorstandsmitglied Dr. Elisabeth Schwenzow

**Beschluss:** einstimmig

Die vom Kreisausschuss am 16.04.2020 gefasste Dringlichkeitsentscheidung über die Errichtung von Kreis-Krankenhilfe-Einrichtungen (KKEs) zur Entlastung der Krankenhäuser im Kreis Borken wird genehmigt.

**Punkt 4.2: Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung - Errichtung von zwei Behandlungszentren im Kreis Borken zur Unterstützung der hausärztlichen Praxen  
Vorlage: 0164/2020/KREIS**

---

Berichterstatterin: Verwaltungsvorstandsmitglied Dr. Elisabeth Schwenzow

**Beschluss:** einstimmig

Die vom Kreisausschuss am 16.04.2020 gefasste Dringlichkeitsentscheidung über die Errichtung von zwei Behandlungszentren im Kreis Borken zur Unterstützung der hausärztlichen Praxen wird genehmigt.

**Punkt 4.3: Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung - Ankauf von persönlicher Schutzausrüstung für Pflegeeinrichtungen, ambulante Pflegedienste und ähnliche Institutionen  
Vorlage: 0165/2020/KREIS**

---

Berichterstatterin: Verwaltungsvorstandsmitglied Dr. Elisabeth Schwenzow

**Beschluss:** einstimmig

Die vom Kreisausschuss am 16.04.2020 gefasste Dringlichkeitsentscheidung über den Ankauf von persönlicher Schutzausrüstung für Pflegeeinrichtungen, ambulante Pflegedienste und ähnliche Institutionen wird genehmigt.

**Punkt 4.4: Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung - Vergütung der Schülerbeförderung bei Ausfall der Fahrten aufgrund der Corona-Pandemie**  
**Vorlage: 0157/2020/KREIS**

---

Berichterstatter: Kreisdirektor Dr. Ansgar Hörster

**Beschluss:** einstimmig

Die vom Kreisausschuss am 16.04.2020 gefasste Dringlichkeitsentscheidung über die Vergütung der Schülerbeförderung bei Ausfall der Fahrten aufgrund der Corona-Pandemie wird genehmigt.

**Punkt 5: Verzicht auf die Erhebung von Elternbeiträgen für die Kindertagesbetreuung im Zuge der Coronavirus-Pandemie**  
**Vorlage: 0105/2020/KREIS**

---

Berichterstatter: Kreisdirektor Dr. Ansgar Hörster

Kreisdirektor Dr. Hörster informiert über aktuelle landesrechtliche Entwicklungen zur Erstattung der Elternbeiträge für die Monate Juni und Juli 2020. Nachdem sich die Landesregierung und die Kommunalen Spitzenverbände bereits darauf verständigt hätten, den betroffenen Eltern die Elternbeiträge für die Kindertagesbetreuung und im Bereich der Offenen Ganztagsbetreuung im Schulbereich für die Monate April und Mai 2020 zu erstatten, werde die Erstattungszusage nun auf die Monate Juni und Juli 2020 ausgedehnt. Das Land und die Kommunen würden jeweils 50 % dieser Ausgaben tragen.

**Beschluss:** einstimmig

1. Auf die Erhebung von Elternbeiträgen auf der Grundlage der Beitragssatzungen für die Inanspruchnahme von Kinderbetreuungsangeboten in Kindertageseinrichtungen und in Kindertagespflege wird für den Zeitraum vom 01. April bis 31. Mai 2020 verzichtet. Dies geschieht unabhängig davon, ob in diesem Zeitraum eine Betreuung in Anspruch genommen wird.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf die Erhebung der Elternbeiträge auch für den darüber hinaus gehenden Zeitraum zu verzichten, soweit das Betretungsverbot für Kindertagesbetreuungsangebote andauert und soweit das Land Nordrhein-Westfalen auch die hälftige Übernahme des Ertragsausfalls für diesen Zeitraum zusagt.

**Punkt 6: Verzicht auf die Erhebung von OGS-Beiträgen für die OGS an kreiseigenen Förderschulen im Zuge der Coronavirus-Pandemie**  
**Vorlage: 0159/2020/KREIS**

---

Berichterstatter: Kreisdirektor Dr. Ansgar Hörster

s. Punkt 5

**Beschluss:** einstimmig

1. Auf die Erhebung von Elternbeiträgen auf der Grundlage der Beitragssatzungen für die Inanspruchnahme von außerunterrichtlichen Angeboten im Rahmen der Offenen Ganztagschule (OGS) an Förderschulen des Kreises Borken wird für den Zeitraum



vom 01. April bis 31. Mai 2020 verzichtet. Dies geschieht unabhängig davon, ob in diesem Zeitraum eine Betreuung in Anspruch genommen wurde.

- Die Verwaltung wird beauftragt, auf die Erhebung der Elternbeiträge ganz oder teilweise auch für Juni und Juli zu verzichten, soweit das Land NRW auch die hälftige Übernahme des daraus entstehenden Einnahmeausfalls für diesen Zeitraum zusagt.

---

**Punkt 7: Vorlage des Entwurfs des Jahresabschlusses 2019 (Vorlage wurde nachgereicht am 17.06.2020!)  
Vorlage: 0148/2020/KREIS**

---

Berichterstatter: Kreiskämmerer Wilfried Kersting

**Beschluss:** einstimmig

Der Entwurf des Jahresabschlusses 2019 wird im Anschluss an die Zuleitung an den Kreistag zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss weitergeleitet.

---

**Punkt 8: Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses und Gesamtlageberichts für das Haushaltsjahr 2019  
Vorlage: 0046/2020/KREIS**

---

Berichterstatter: Kreiskämmerer Wilfried Kersting

**Beschluss:** einstimmig

Bei Vorliegen der Voraussetzungen nach § 116a Abs. 1 GO NRW nutzt der Kreis Borken die Möglichkeit, von der Pflicht einen Gesamtabschluss und Gesamtlagebericht für das Haushaltsjahr 2019 aufzustellen, befreit zu werden.

---

**Punkt 9: Weiterer Umgang mit den RWE-Aktien  
Vorlage: 0160/2020/KREIS**

---

Berichterstatter: Landrat Dr. Kai Zwicker  
Kreiskämmerer Wilfried Kersting

Kreistagsabgeordneter Harks erläutert den Antrag der SPD-Fraktion. Dieser beziehe sich in Punkt 1 des Beschlussvorschlags auf die Verwaltungsvorlage. Punkt 2 sehe eine zweckentsprechende Verwendung der RWE-Dividendenerträge ab dem Haushaltsjahr 2021 für zusätzlichen Radwegebau vor. Entgegen dieser Formulierung schlage die SPD-Fraktion nun vor, die Dividendenerträge zur Förderung des Klimaschutzes einzusetzen.

Die CDU-Fraktion schließt sich dem modifizierten Antrag der SPD-Fraktion an.

Die Kreistagsabgeordneten Steiner und von Borczyskowski stellen den Antrag ihrer Fraktionen sowie der Gruppe DIE LINKE/Piraten dar. Es gebe keinen kommunalpolitischen Grund dafür, an dem Aktienbestand festzuhalten. Stattdessen sollten die Erlöse aus dem Verkauf der Aktien verwendet werden, um den Kreis Borken energieautark zu gestalten.

Landrat Dr. Zwicker lässt zunächst über den Antrag der Fraktionen Bündnis90/DIE GRÜNEN, UWG/Stadtpartei und der Gruppe DIE LINKE/Piraten abstimmen (s. Punkt 9.2).

Im Anschluss hieran lässt er über den von der CDU- und der SPD-Fraktion in der Sitzung gemeinsam formulierten Beschlussvorschlag abstimmen.

**Beschluss:** beschlossen  
42 Ja-Stimmen  
10 Nein-Stimmen

1. Vor dem Hintergrund der in Aussicht gestellten Dividendenzahlungen für das Jahr 2019 und für die folgenden Jahre sowie der positiven Aktienkursentwicklung hält der Kreis Borken bis auf Weiteres seine RWE-Aktien weiter in seinem Bestand. Der Kreistag wird sich erneut mit dem Umgang mit den RWE-Aktien befassen, sobald der Aktienkurs den Wert von 26,84 Euro/Aktie unter- oder den Wert von 40,00 Euro/Aktie überschreitet.
2. Die RWE-Dividendenerträge werden ab dem Haushaltsjahr 2021 zur Förderung des Klimaschutzes eingesetzt.

**Punkt 9.1: Weiterer Umgang mit den RWE-Aktien;  
Antrag der SPD-Fraktion v. 16.06.2020  
Vorlage: 0171/2020/KREIS**

---

Berichterstatte(r)in: Kreistagsabgeordnete Elisabeth Lindenhahn

s. Punkt 9

**Punkt 9.2: Weiterer Umgang mit den RWE-Aktien;  
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
UWG/Stadtpartei sowie der Gruppe Die Linke/Piraten v. 25.06.2020  
Vorlage: 0173/2020/KREIS**

---

Berichterstatte(r): Kreistagsabgeordneter Jens Steiner  
Kreistagsabgeordneter Jörg von Borczyskowski  
Kreistagsabgeordneter Stephan Strestik

s. Punkt 9

**Beschluss:** abgelehnt  
11 Ja-Stimmen  
41 Nein-Stimmen

1. Der Landrat wird beauftragt, den Aktienbestand des Kreises Borken an der RWE AG zu veräußern.
2. Die Erlöse aus dem Verkauf der Aktien werden in den regionalen Ausbau erneuerbarer Energiequellen investiert, um das vom Kreistag am 11.7.2019 beschlossene Ziel, 100 Prozent des gesamten Stromverbrauches im Kreis Borken aus erneuerbarer Energiequellen zu decken schneller zu erreichen.
3. Der Landrat wird beauftragt, dem Kreistag einen Vorschlag zur Umsetzung unter Berücksichtigung der in der Sachdarstellung dargelegten Investition in lokale, verbrauchernahe Erzeugung von erneuerbaren Energien und der zusätzlichen Öffnung als Energiefonds für die Bürger\*innen zur Entscheidung vorzulegen.

**Punkt 10: Anpassung der Entgeltregelung der Entsorgungsgesellschaft Westmünsterland mbH für die Abfallentsorgung**  
**Vorlage: 0076/2020/KREIS**

---

Berichterstatter: Kreiskämmerer Wilfried Kersting

**Beschluss:** einstimmig

Der in der Anlage zur Sitzungsvorlage aufgeführten Entgeltregelung der Entsorgungsgesellschaft Westmünsterland mbH für die Benutzung von Abfallentsorgungsanlagen ab dem 01.07.2020 wird zugestimmt.

**Punkt 11: Abstimmungsvereinbarung nach § 22 des Verpackungsgesetzes für das Vertragsgebiet Kreis Borken**  
**Vorlage: 0107/2020/KREIS**

---

Berichterstatter: Kreiskämmerer Wilfried Kersting

Auf Nachfrage von Kreistagsabgeordnetem von Borczyskowski erklärt Kreiskämmerer Kersting, die Systemfestlegungen für Leichtverpackungen (Anlage 3 zur Abstimmungsvereinbarung) gelte nun bis Ende 2022. Zuvor sei eine Anpassung der Abfuhrhythmen nicht möglich.

**Beschluss:** einstimmig

Der Abstimmungsvereinbarung nach § 22 des Verpackungsgesetzes mit der Fa. Reclay Systems GmbH, gemeinsamer Vertreter der dualen Systeme für das Vertragsgebiet Kreis Borken, wird zugestimmt.

**Punkt 12: Erlass einer Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Ausübung des Gemeingebrauchs am Dreiländersee in Gronau**  
**Vorlage: 0098/2020/KREIS**

---

Berichterstatter: Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues

**Beschluss:** einstimmig

Die Ordnungsbehördliche Verordnung über die Ausübung des Gemeingebrauchs am Dreiländersee in Gronau wird in der vorgelegten Fassung erlassen.

**Punkt 13: Sachstand Klimaschutz zur Umsetzung Beschluss des Kreistages vom 11.07.2019**  
**Vorlage: 0162/2020/KREIS**

---

Berichterstatter: Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues

Der Sachstand Klimaschutz zur Umsetzung des Beschlusses des Kreistages vom 11.07.2019 wird zur Kenntnis genommen.

**Punkt 14: Landschaftsplanung im Kreis Borken - Landschaftsplan "Borken-Süd"**  
**a) Beratung und Beschlussfassung über die von den Trägern öffentlicher Belange und privaten Einwendern vorgetragene Anregungen, Bedenken und Hinweise**  
**b) Satzungsbeschluss**  
**Vorlage: 0140/2020/KREIS**

---

Berichtersteller: Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues

Landrat Dr. Zwicker weist auf die Anzeigeverpflichtung bei bestehender Befangenheit hin. Die Kreistagsabgeordneten Aehling und Brun erklären sich für befangen. Sie verlassen den Sitzungsraum und nehmen weder an der Beratung noch an der Abstimmung teil.

**Beschluss:** einstimmig

- a) Über die im Rahmen der Offenlegung von den Trägern öffentlicher Belange und den privaten Einwendern vorgetragene Anregungen, Bedenken und Hinweise wird entsprechend den in den Anlagen 1 und 2 aufgeführten Vorschlägen beschlossen.
- b) Der Landschaftsplan "Borken-Süd" wird als Satzung beschlossen.

**Punkt 15: Landschaftsplanung im Kreis Borken - Landschaftsplan "Heiden"**  
**a) Beratung und Beschlussfassung über die von den Trägern öffentlicher Belange und privaten Einwendern vorgetragene Anregungen, Bedenken und Hinweise**  
**b) Satzungsbeschluss**  
**Vorlage: 0141/2020/KREIS**

---

Berichtersteller: Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues

Landrat Dr. Zwicker weist auf die Anzeigeverpflichtung bei bestehender Befangenheit hin. Kreistagsabgeordnete Brun erklärt sich für befangen. Sie verlässt den Sitzungsraum und nimmt weder an der Beratung noch an der Abstimmung teil.

**Beschluss:** einstimmig

- a) Über die im Rahmen der Offenlegung von den Trägern öffentlicher Belange und den privaten Einwendern vorgetragene Anregungen, Bedenken und Hinweise wird entsprechend den in den Anlagen 1 und 2 aufgeführten Vorschlägen beschlossen.
- b) Der Landschaftsplan "Heiden" wird als Satzung beschlossen.

**Punkt 16: Düngeverordnung vom 28.04.2020 und Landesdüngeverordnung vom 24.03.2020**  
**Vorlage: 0143/2020/KREIS/1**

---

Berichtersteller: Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues

Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.

**Punkt 17: Einführung des Baumwollexpresses**  
**Vorlage: 0126/2020/KREIS**

---

Berichterstatterin: Verwaltungsvorstandsmitglied Dr. Elisabeth Schwenzow

**Beschluss:** einstimmig

1. Der Sachstandsbericht wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, sich für eine Förderung des Projektes Baumwollexpress einzusetzen.
3. Vor einer Entscheidung zur Durchführung des Projektes Baumwollexpress ist die Anschlussfinanzierung nach Auslaufen von Fördermitteln zu klären.

**Punkt 18: MobiTicket - Bericht und Prognose über Entwicklung sowie Anhebung des Kreisanteils**  
**Vorlage: 0127/2020/KREIS**

---

Berichterstatterin: Verwaltungsvorstandsmitglied Dr. Elisabeth Schwenzow

**Beschluss:** einstimmig

1. Der Bericht über die Entwicklung des MobiTickets in 2020 wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Anteil des Kreises an den jeweiligen Ticketpreisen für das MobiTicket ab dem 01.08.2020 auf 70 % anzuheben.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, über die weitere Entwicklung des MobiTickets zu berichten.

**Punkt 19: Ausbildungsverkehr-Pauschale gem. § 11 a ÖPNVG NRW - 3. Änderungssatzung zur Allgemeinen Vorschrift**  
**Vorlage: 0113/2020/KREIS**

---

Berichterstatterin: Verwaltungsvorstandsmitglied Dr. Elisabeth Schwenzow

**Beschluss:** einstimmig

Die 3. Änderungssatzung zur Allgemeinen Vorschrift des Kreises Borken zu § 11 a Abs. 2 ÖPNVG NRW (siehe Anlage) wird beschlossen sowie der Landrat beauftragt, diese Änderung im Amtsblatt bekannt zu geben.

**Punkt 20: Satzungsänderung des Zweckverbands Verkehrsverbund Münsterland (ZVM)**  
**Vorlage: 0065/2020/KREIS**

---

Berichterstatterin: Verwaltungsvorstandsmitglied Dr. Elisabeth Schwenzow

Aufgrund von widersprüchlichen Formulierungen der künftigen Namensführung des ZVM in der Sitzungsvorlage erläutert Verwaltungsvorstandsmitglied Dr. Schwenzow, der Zweckver-

band trage künftig den Namen „Zweckverband Mobilität Münsterland“. Dementsprechend werde der Name des Zweckverbandes in der Beschlussfassung angepasst.

**Beschluss:** beschlossen  
39 Ja-Stimmen  
9 Nein-Stimmen

Der in der Anlage 2 befindlichen Satzung für den Zweckverband Mobilität Münsterland, Stand: 25.02.2020, wird zugestimmt.

**Punkt 21: Bau- und Umsetzungsbeschluss Dreifachsporthalle am Berufskolleg Bocholt-West  
Vorlage: 0149/2020/KREIS**

---

Berichterstatter: Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues

**Beschluss:** einstimmig

Der Kreistag beschließt, den Bau einer Dreifachsporthalle am Berufskolleg Bocholt-West auf der Basis der vorliegenden qualifizierten Vorplanung entsprechend der Sachdarstellung. Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt, dass mit der Stadt Bocholt eine Vereinbarung über die Umsetzung und Mitfinanzierung geschlossen wird, zu deren Abschluss die Verwaltung ermächtigt wird.

**Punkt 22: Aktuelle Flüchtlingssituation  
Vorlage: 0106/2020/KREIS**

---

Berichterstatter: Kreisdirektor Dr. Ansgar Hörster

Der Sachstand zur aktuellen Flüchtlingssituation wird zur Kenntnis genommen.

**Punkt 23: Beitritt zum Zweckverband Kommunale ADV-Anwendergemeinschaft West (KAAW)  
Vorlage: 0166/2020/KREIS**

---

Berichterstatterin: Verwaltungsvorstandsmitglied Dr. Elisabeth Schwenzow

**Beschluss:** einstimmig

Der Kreis Borken soll, vorbehaltlich einer notwendigen Satzungsänderung und der Zustimmung der Bezirksregierung Münster, den Beitritt zum Zweckverband Kommunale ADV-Anwendergemeinschaft West (KAAW) zum 01.01.2021 beantragen.

**Punkt 24: Umbesetzung von Ausschüssen/Gremien**

---

Keine

---

**Punkt 25: Mitteilungen der Verwaltung**

---

**Punkt 25.1: Preisgestaltung Westfalen Bus GmbH**

---

Berichterstatterin: Verwaltungsvorstandsmitglied Dr. Elisabeth Schwenzow

Verwaltungsvorstandsmitglied Dr. Schwenzow führt aus, die von der Westfalen Bus GmbH geplante Preiserhöhung zum 01.08.2020 werde planmäßig umgesetzt, da dies auch strukturelle Auswirkungen habe. Vom 01.10. bis zum 31.12.2020 würden die Preise um 4 % gesenkt, um die reduzierte Mehrwertsteuer an die Kunden weiterzugeben.

---

**Punkt 26: Anfragen**

---

**Punkt 26.1: Wiederaufnahme von Kindern in den Kindertageseinrichtungen nach Krankheit**

---

Berichterstatter: Kreistagsabgeordneter von Borczyskowski

Auf Nachfrage von Kreistagsabgeordnetem von Borczyskowski sichert Kreisdirektor Dr. Hörster zu, die Problematik der Abweisung von Kindern mit Krankheitssymptomen in den Kindertagesstätten im Rahmen der Niederschrift aufzugreifen.

Anmerkung der Verwaltung:

Ein Empfehlungsschreiben des Kreises vom 26.06.2020 an alle Kindertageseinrichtungen im Kreis Borken bezieht sich auf die von Kreistagsabgeordnetem von Borczyskowski angesprochenen Fälle. Angelehnt an die „Handreichung für die Kindertagesbetreuung in einem eingeschränkten Regelbetrieb nach Maßgaben des Infektionsschutzes aufgrund der SARS-CoV-2-Pandemie“ des Ministeriums für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes NRW (MKFFI) werden hierin ergänzende Hinweise zu den Infektionsschutzmaßnahmen in der Kindertagesbetreuung gegeben. Das MKFFI hat mit Schreiben vom 26.06.2020 ebenfalls über eine gleichgerichtete Verfahrensweise zur Wiederaufnahme von Kindern nach einer Erkrankung mit Krankheitssymptomen von COVID-19 informiert. Beide Schreiben sind der Niederschrift als **Anlage 1** beigefügt.

---

**Punkt 26.2: Gesundheitscampus Westmünsterland**

---

Berichterstatter: Kreistagsabgeordneter van den Berg

Kreistagsabgeordneter van den Berg bezieht sich auf den geplanten Gesundheitscampus Westmünsterland (s. TOP 2 der Kreisausschusssitzung am 18.06.2020). Er fragt diesbezüglich an,

- 1) wie eine etwaige Verteilung der Studierenden auf die Studiengänge aussehe.
- 2) wie wahrscheinlich Mittelzuweisungen von Land und/oder Bund seien.
- 3) wie realistisch die angenommene Studierendenzahl von 120 -140 Personen/Semester sei.

Landrat Dr. Zwicker sichert zu, die Fragen des Kreistagsabgeordneten van den Berg an die Initiatoren zur direkten Rückmeldung weiterzugeben.

**Punkt 26.3: Coronavirus-Entwicklungen**

---

Berichterstatter:                      Kreistagsabgeordneter Gausling  
   Kreistagsabgeordnete Dannenbaum

Im Zusammenhang mit dem Corona-Ausbruchgeschehen bei der Fa. Tönnies in Rheda-Wiedenbrück erkundigt sich Kreistagsabgeordneter Gausling, ob der Kreis Borken von den aktuellen Entwicklungen in den Kreisen Warendorf und Gütersloh tangiert werde.

Landrat Dr. Zwicker stellt klar, der Kreis Borken sei davon nicht betroffen. Allerdings würden Mitarbeiter/innen der Kreisverwaltung den Kreis Warendorf bei dessen Telefon-Hotline unterstützen.

Kreistagsabgeordnete Dannenbaum fragt nach den Einwirkungsmöglichkeiten des Kreises auf die Schlachtindustrie mit Blick auf die Situation der Leiharbeiter.

Landrat Dr. Zwicker erklärt, die Mittel des Kreises seien begrenzt. Die Gesetzgeber auf Bundes- und Landesebene stünden diesbezüglich in der Verantwortung. Der Kreis könne in der Thematik lediglich Appelle aussprechen.

Verwaltungsvorstandsmitglied Dr. Schwenzow informiert ergänzend, das Kreisgesundheitsamt habe erneut die Belegschaften der fleischverarbeitenden Betriebe im Kreis Borken testen lassen. Erfreulicherweise seien dann alle Testergebnisse negativ ausgefallen. Offen seien derzeit noch Ergebnisse der im Kreis Borken lebenden, aber in niederländischen Betrieben arbeitenden Mitarbeiter der Fleischindustrie.

Landrat Dr. Zwicker schließt die Sitzung.

gez.

---

Landrat Dr. Kai Zwicker

gez.

---

Kerstin Ritzenhöfer